

Positionen

Deutschland modernisieren – Ein neues Erfolgsmodell für Wachstum und Wohlstand

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion
06. Oktober 2026

Deutschland braucht ein Update seiner Wirtschaftspolitik. Unser bewährtes Erfolgsmodell kommt in einem neuen geopolitischen und ökonomischen Zeitalter an seine Grenzen. Dieses Papier definiert eine sozialdemokratische Zukunftsvision für den Standort Deutschland und zentrale Handlungsprioritäten. Es ist kein fertiger Masterplan, sondern der Ausgangspunkt eines gemeinsamen Erneuerungsprozesses. Die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit werden wir kontinuierlich im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiterentwickeln und konkretisieren.

I. Deutschlands wirtschaftliche Stärke steht auf dem Spiel

Deutschlands wirtschaftliche Stärke steht auf dem Spiel. Die aktuelle Wachstumsschwäche ist keine konjunkturelle Delle. Wir sind mit einer strukturellen Krise konfrontiert, die wesentlich auf geoökonomische Verwerfungen zurückzuführen ist. Der neue China-Schock trifft Deutschland und Europa hart: China fällt als Absatzmarkt aus, während chinesische Unternehmen europäischen Herstellern auf Drittmärkten und zunehmend auch im Binnenmarkt Konkurrenz machen. Dabei wird nicht immer nach fairen Regeln gespielt. Zugleich schränkt die hohe Abhängigkeit von China in zentralen Lieferketten Europas Handlungsfähigkeit ein. Die willkürliche protektionistische Politik der USA verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie zusätzlich. Gleichzeitig geraten wir bei zentralen Zukunftstechnologien zunehmend ins Hintertreffen, problematische Abhängigkeiten von Ressourcen oder Technologien wachsen. Viele Staaten betreiben eine aktive Industriepolitik und investieren mit klarem strategischem Schwerpunkt in die Technologien von morgen. Europa hält mit dieser Entwicklung bislang nicht ausreichend Schritt.

In der Vergangenheit profitierten breite Bevölkerungsschichten vom Wirtschaftswachstum. Heute konzentrieren sich Gewinne und Macht zunehmend in den Händen weniger. Breite Teile der Gesellschaft profitieren kaum, ihre individuellen finanziellen Spielräume sinken. Die wachsende Ungleichheit durch enorme Vermögenskonzentration – vor allem durch hohe Erbschaften – wird zur Belastungsprobe für unsere Demokratie. Wenn Lebenschancen primär vom Elternhaus und nicht von der eigenen Leistung abhängen, untergräbt dies das Gerechtigkeitsempfinden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hinzu kommt ein demografisches Problem: Deutlich mehr Menschen verlassen den Arbeitsmarkt, als junge Menschen nachrücken. Den Mangel an Fachkräften können wir durch Zuwanderung aktuell kaum ausgleichen.

Eine der großen Stärken des Standortes ist unser industrieller Sektor und seine tiefe regionale und strukturelle Verflechtung. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen gelten als das Rückgrat unseres bisherigen Erfolgs. Über Jahrzehnte hinweg haben sich deutsche Unternehmen mit innovativen und qualitativ hochwertigen Produkten international einen ausgezeichneten Ruf erarbeitet – getragen von hochqualifizierten Fachkräften sowie einer starken industriellen Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Deutschland verfügt über ein herausragendes Fundament in der wissenschaftlichen Grundlagenforschung. Dennoch müssen wir uns heute eingestehen, dass Hausaufgaben zu lange nicht erledigt wurden und über viele Jahre zu wenig in die Zukunft des Standortes investiert wurde. Wir sind in zu vielen Wirtschaftsbereichen in einer **Mitteltechnologiefalle gefangen**: Deutschland droht in den schnell wachsenden digitalen **Spitzentechnologien (KI, Software, Halbleiter, Quantencomputing) abgehängt zu werden**. Zahlreiche Expertinnen und Experten attestieren dem Standort Deutschland einen Mangel an wirtschaftlicher Dynamik, Risikofreude und Veränderungsbereitschaft. Zu wenig Kapital fließt in den Aufbau neuer Geschäftsideen. Zu stark wird der Status quo auch von Unternehmensseite gegen den Fortschritt verteidigt. Die Industriepolitik wird mit Milliardenbeträgen unterstützt, die Förderung geschieht aber oft zu wenig erfolgsorientiert und zu wenig auf Innovation fokussiert. Wir haben von der Substanz gelebt und versuchen sie zu bewahren, anstatt sie zu erneuern. Zu langsam wird Spitzenforschung in kommerzielle Produkte übertragen – und zu selten geschieht die Kommerzialisierung in Europa. Eine zunehmend digitale Wirtschaft wird durch Geschäftsprozesse einer noch immer größtenteils analogen Verwaltung ausgebremst.

Wir können den aktuellen Entwicklungen weder ausweichen noch sie ignorieren. Ebenso wenig können wir in die Vergangenheit zurückkehren. Die Zeit günstiger Energie aus Russland und eines scheinbar grenzenlosen chinesischen Absatzmarktes ist vorbei. Nostalgie ist keine Strategie. Deutschland und Europa brauchen einen neuen Aufbruch: eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik, mehr Innovation und ein neues Erfolgsmodell für Wachstum und Wohlstand.

II. Deutschlands Wirtschaft 2040 – Innovation und Gerechtigkeit als Grundlage unseres Wohlstands

Im Jahr 2040 ist die deutsche Wirtschaft stark, innovativ und resilient. Sie schafft gute Arbeit mit hoher Tarifbindung und Mitbestimmung. Die deutsche Wirtschaft mehrt unseren Wohlstand – zum Vorteil aller Menschen in diesem Land. Wirtschaftlicher Erfolg ist der Motor für gesellschaftlichen Fortschritt und ein gutes, selbstbestimmtes und sicheres Leben für alle Menschen einer solidarischen Gesellschaft. Die Wirtschaft versteht sich in dieser Zukunft auch als Problemlöserin für gesellschaftliche Herausforderungen – Staat, Wirtschaft und Arbeitnehmende agieren als Partner beim Aufbau der Zukunft.

Deutschland ist Innovationsweltmeister. Hier werden neue technologische Entwicklungen schnell Wirklichkeit. Forschungsergebnisse werden unmittelbar in Unternehmen angewandt. Wir sind führend bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz, Mikroelektronik, Robotik, und Quantencomputing, bei der Produktion von Batteriespeichern, in der Biotechnologie und bei Pharmaprodukten, bei der Produktion klimafreundlicher Grundstoffe wie Stahl oder chemische Produkte, bei der Produktion elektrischer und autonom fahrender Autos sowie bei der Entwicklung klimaneutraler Industrieprozesse. Unser breiter industrieller Kern ist unsere Stärke. Dank Digitalisierung, Automatisierung und Dekarbonisierung sind auch unsere "klassische" Industrie sowie KMUs wieder weltweit führend. Durch eine konsequente Integration von modernen Technologien in Produktionsprozesse stehen Beschäftigte nicht mehr in Qualm und Dreck, sondern lassen die harte Arbeit von Robotern und Computern machen, welche sie steuern, anleiten und weiterentwickeln.

Gleichzeitig ist unser Erfolgsmodell nicht mehr einseitig vom Export abhängig. Eine starke Nachfrage im europäischen Binnenmarkt, ein florierender Dienstleistungssektor – einschließlich sozialer Dienstleistungen – sowie eine breitere wirtschaftliche Basis machen Deutschland widerstandsfähiger gegenüber geoökonomischen Schocks. Die Sicherung der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt die Nachfrageseite und stabilisiert diese Basis als Wirtschaftspolitik von unten. Zugleich haben wir die Krisenfestigkeit unserer Volkswirtschaft gestärkt: durch den Ausbau deutscher und europäischer Produktionskapazitäten in strategischen Schlüsseltechnologien, gemeinsame europäische Rohstoffpartnerschaften, diversifizierte Lieferketten und eine leistungsfähige Kreislaufwirtschaft.

Unternehmen investieren, weil Planungssicherheit, Geschwindigkeit, Innovationskraft und Rechtssicherheit zu den Stärken des Standortes Deutschland gehören. Staatliche Förderung wird konsequent mit Vereinbarungen zur Standortsicherung und Beschäftigungsentwicklung verbunden. Der Standort bietet gut ausgebildete, hoch motivierte Fachkräfte und einen handlungsfähigen Staat, der verlässliche Rahmenbedingungen setzt und Zukunftssektoren aktiv fördert. Mut wird belohnt, nicht gebremst. Technologischer Wandel wird als Chance für sozialen Aufstieg und berufliche Entwicklung verstanden, nicht als Bedrohung.

Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie dient dem gesellschaftlichen Fortschritt. Die Menschen profitieren unmittelbar vom wirtschaftlichen Erfolg. Arbeit ist sicherer, leichter, besser bezahlt und mitbestimmt. Sie schafft Anerkennung, Wertschätzung und Respekt – unabhängig von der Tätigkeit, von der Höhe des Lohnes oder des Bildungsabschlusses. Die Jobs der Zukunft ermöglichen nicht nur, sich die Miete, den Einkauf und einen Urlaub leisten zu können, sondern auch Vermögen aufzubauen und in jeder Lebenslage am wachsenden Wohlstand des Landes teilzuhaben. Wohlstand ist spürbar breiter verteilt und zeigt sich nicht nur in Wachstumszahlen, sondern auch in Lebensqualität.

Weiterbildung ist selbstverständlich, berufliche Entwicklung offen für alle. Deutschland zieht Talente und Ideen aus aller Welt an – und ein modernes, effizientes und menschliches Einwanderungssystem macht die Ankunft von Talenten einfach. Unsere Gesellschaft heißt diese Menschen willkommen und integriert sie zügig. Der Fachkräftemangel ist behoben. Wenn Menschen arbeitslos oder krank werden, haben sie einen Rechtsanspruch auf Unterstützung und sind nicht auf eine gnädige Wohltat angewiesen.

Der sozialökologische Umbau der Wirtschaft ist weit vorangeschritten. Energie ist erneuerbar, sicher und bezahlbar. Ressourcen werden geschont, Kreislaufwirtschaft ist Standard. Die Autos fahren weitgehend elektrisch, die Gebäude werden zu einem großen Teil schon klimaneutral beheizt. Klimaneutrale Infrastruktur steht auch allen Privathaushalten flächendeckend zur

Verfügung. Die Industrie meistert den Wandel erfolgreich. Stahl, Chemie, Zement und andere Grundstoffe werden zunehmend klimaneutral produziert und zählen zu den Exportschlägern deutscher Unternehmen. Deutschland ist zu einem führenden Anbieter von Klima- und Umwelttechnologien geworden und profitiert wirtschaftlich von der Transformation. Städte und Gemeinden sind lebenswerter geworden. Saubere Luft, moderne Mobilitätsangebote, klimaneutrale Gebäude und eine nachhaltige Infrastruktur erhöhen die Lebensqualität spürbar. Klimaschutz wird nicht mehr als Verzicht wahrgenommen, sondern als selbstverständlicher Teil eines modernen und komfortablen Alltags.

Deutschland ist weiterhin eine globale und offene Volkswirtschaft, die auf fairen Handel und den freien Verkehr von Waren, Menschen und Ideen setzt – nun allerdings auch ihre strategischen Interessen vis-à-vis seinen Handelspartnern erfolgreich vertritt und die heimische Produktion in wichtigen Bereichen sichert. Gute Löhne, private Investitionen in die heimische Wirtschaft und ein aktiv investierender Staat erzeugen ein hohes Binnenwachstum und hohe inländische Investitionen. Der europäische Binnenmarkt ist vollendet. Er ist zu einem Innovationsraum geworden, der Energie-, Daten- und Technikinfrastrukturen gemeinsam entwickelt und globale Standards setzt. Lieferketten sind robust, Märkte diversifiziert und einseitige Abhängigkeiten reduziert.

Im Jahr 2040 zeigt Deutschland, dass Innovation, wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Es ist ein Land, das an sich glaubt, den Wandel selbstbewusst gestaltet und seinen Wohlstand aus eigener Kraft erneuert hat. Damit wird Deutschland erneut zu einem Vorbild für wirtschaftlichen Erfolg, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Erneuerung.

III. Kompass für ein neues Erfolgsmodell

Die wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – geopolitische Verschiebungen, technologischer Wandel und wachsende Ungleichheit – lassen sich mit den Antworten der Vergangenheit nicht mehr bewältigen. Wir brauchen ein neues Erfolgsmodell für Deutschland, das Wachstum neu denkt, Innovation beschleunigt und Wohlstand wieder in der Breite der Gesellschaft verankert. Dieses Erfolgsmodell entsteht nicht über Nacht. Es ist ein langfristiges Projekt, das uns über Jahre begleiten wird. Doch auch die größte Erneuerung beginnt mit einem ersten Schritt. Unser Ansatz baut auf fünf zentralen Säulen auf, die gemeinsam die Grundlage für wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit und nachhaltigen Fortschritt bilden. Sämtliche in diesem Papier genannten Maßnahmen sind als Forderungen im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel zu verstehen. Zugleich ist es Ziel dieses Wirtschaftskonzepts, durch höheres Wachstum, mehr Wertschöpfung und gute Beschäftigung die wirtschaftliche Basis und damit auch die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates dauerhaft zu stärken.

Säule 1: eine innovative und wertschöpfungsstarke Wirtschaft fördern

Deutschland verfügt über eine einzigartige Ingenieurs-, Forschungs- und Innovationskultur. Über Jahrzehnte haben technologische Exzellenz, Qualitätsbewusstsein und die hohe Qualifikation der Beschäftigten unseren Wohlstand begründet. Deutschland kann auf ein starkes Wissenschaftssystem bauen. Mit seinem Bekenntnis zur Freiheit der Forschung ist der deutsche Wissenschaftsraum international attraktiv für Forschende aus der gesamten

Welt. Diese Stärke basiert auf einer langfristig angelegten und verlässlich ausgestalteten Forschungsfinanzierung und einem produktiven Zusammenwirken von Bund und Ländern. Die wirtschaftliche Stärke der Zukunft wird dort entstehen, wo neues Wissen in neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle übersetzt wird. Deshalb setzen wir auf technologiegetriebene Wertschöpfung. Die großen Produktivitätssprünge der kommenden Jahre werden vor allem durch Innovationen in Bereichen wie Künstlicher Intelligenz, Robotik, Biotechnologie, Quantentechnologien oder Climate-Tech entstehen – nicht durch Lohndumping, den Abbau sozialer Sicherungssysteme oder immer längere Arbeitszeiten.

Entscheidend ist jedoch nicht allein die Entwicklung neuer Technologien, sondern ihre erfolgreiche Überführung in industrielle Anwendungen und marktfähige Produkte. Genau hier liegt derzeit eine zentrale Schwäche des Standorts Deutschland. Trotz exzellenter Forschung gelingt es uns zu selten, wissenschaftliche Durchbrüche in neue Unternehmen, industrielle Wertschöpfung und globale Marktführerschaften zu übersetzen. Zu oft entstehen Innovationen in Deutschland, während Wachstum, Skalierung und wirtschaftlicher Erfolg anderswo stattfinden. Das muss sich ändern.

1. Forschung auf Zukunftsfelder ausrichten:

Damit wir technologisch mithalten können, brauchen wir eine Offensive für Forschung und Entwicklung und einen besseren Transfer aus der Forschung in die Kommerzialisierung. **Eine starke Grundlagenforschung ist die Voraussetzung für Innovation und zukünftige Wertschöpfung.** Deshalb muss die Finanzierung von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und wissenschaftlicher Infrastruktur weiterhin Priorität haben. Gesicherte Grundfinanzierungen der zentralen öffentlichen Einrichtungen des Bundes und moderne Infrastrukturen sind die Basis, auf der Forschung von den Grundlagen bis zur Anwendung erst möglich wird. Nötig sind starke Hochschulen in den Bereichen Forschung und Lehre. Der **Pakt für Forschung und Innovation** sowie der **Zukunftsvertrag** sind wichtige Instrumente, um die Grundfinanzierung zu sichern, exzellente Forschung zu ermöglichen und die nächste Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auszubilden. Die Forschungsförderung muss sich stärker auf die Bereiche konzentrieren, in denen Deutschland bereits wissenschaftliche und technologische Stärken besitzt oder strategische Führungspositionen aufbauen kann. **Dazu gehören insbesondere Gesundheitsforschung, Energietechnologien, Künstliche Intelligenz, Mikroelektronik, Quantentechnologien, Werkstofftechniken, nachhaltiges Bauen und klimaneutrale Mobilität.** Gleichzeitig wollen wir die Wirkungsorientierung der Förderung stärken, Erfolge systematischer evaluieren und insbesondere junge sowie kleine und mittlere Unternehmen stärker in für sie zugängliche Förderlogiken einbeziehen. Ein unabhängiger Expertenrat aus Wissenschaft und Wirtschaft soll die Bundesregierung bei der strategischen Ausrichtung der Forschungsförderung unterstützen.

2. Dual-Use-Innovationen und Sprungtechnologien gezielt fördern:

Bahnbrechende Innovationen entstehen dort, wo wissenschaftliche Exzellenz, Risikobereitschaft und verlässliche Nachfrage zusammenkommen. Deshalb wollen wir die Förderung von Hochrisiko- und Sprunginnovationen deutlich ausbauen. Es braucht in stärkerem Ausmaß eine agilere Förderung von Risikovorhaben. Bahnbrechende Ideen lassen sich nicht von langer Hand planen, sondern brauchen ausreichend Spontanität und individuellen Freiraum für Forschende. Sie schließen auch immer ein Risiko des Scheiterns mit ein. Mit der Agentur für Sprunginnovationen sind wir hier einen ersten Schritt gegangen. Die US amerikanischen ARPAS sind uns in mancher Hinsicht aber immer noch voraus. Wir

brauchen vergleichbare Instrumente mit Sektorfokus auf die oben genannten Zukunftsfelder, um damit auch mehr Kapital für Investitionen in Forschung und Entwicklung zu hebeln. Die Instrumente der Cyberagentur für Sicherheits- und Verteidigungsforschung wollen wir nach dem Vorbild der Bundesagentur für Sprunginnovation „SPRIN-D“ ausbauen. Dabei wollen wir uns auch an erfolgreichen Modellen wie den US-amerikanischen ARPAs (e.g. der DARPA) orientieren. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern streben wir den **Aufbau einer europäischen DARPA für strategische Zukunftstechnologien** an. Die **Bundeswehr sollte als Ankerkunde gezielt Innovationen stimulieren**, indem sie ihre Beschaffung stärker auf zukunftsrelevante Technologien wie Quanten, Satelliten oder andere Dual-Use-Systeme ausrichtet. Flankiert durch eine stärkere Förderung anwendungsnahe Forschung wird die Verteidigungsbeschaffung so zu einem Motor technologischer Entwicklung, der sowohl die nationale Sicherheit stärkt als auch Wachstum und Produktivität fördert. Öffentliche Nachfrage, langfristige Abnahmezusagen und anwendungsnahe Forschung können Innovationen häufig wirksamer beschleunigen als klassische Förderprogramme. So stärken wir zugleich unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit, unsere industrielle Basis und unsere sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit.

3. Dateninfrastruktur als Chance und Ressource behandeln:

Der Umgang mit Daten in Deutschland ist historisch stark von Grundrechten geprägt, getreu dem Leitbild „Datenschutz ist Grundrechtsschutz“. Diese Prägung wollen wir als Chance begreifen. Nur wenn Menschen Vertrauen in die Sicherheit und Integrität ihrer Daten haben, können neue digitale Geschäftsmodelle, KI im Gesundheitswesen oder Optimierung von industriellen Prozessen mit Betriebsdaten erfolgreich werden. Für eine erleichterte Nutzung von Daten, deren Bündelung und Austausch haben wir im Koalitionsvertrag verschiedene Maßnahmen vereinbart. Ein modernes System begreift Datenschutz und Datennutzung nicht als Gegensatz. Ziel muss es sein, beides zusammenzudenken – durch Investitionen in datenschutzkonforme Technologien, die Nutzung ermöglichen, ohne das Vertrauen in neue digitale Anwendungen zu gefährden. Dafür schaffen wir eine **zentrale europäische Datenplattform, die industrielle, wissenschaftliche und öffentliche Daten sicher bündelt und zugänglich macht**. Sie ermöglicht es Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Daten zu nutzen, ohne sensible Informationen offenzulegen, und schafft so die Grundlage für Innovation, KI-Anwendungen und neue Wertschöpfung. So kann Europa eine führende Rolle bei vertrauenswürdiger Dateninfrastruktur einnehmen und gezielt Innovation, Investitionen und Technologietransfer anziehen.

4. KI als Treiber industrieller Wertschöpfung nutzen:

Digitalisierung muss ganz praktisch in die industrielle Anwendung kommen. Deutschland verfügt über eine starke KI-Forschung, doch der Einsatz in der Industrie bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Der Engpass liegt nicht in der Technologie, sondern in der Umsetzung – insbesondere bei Dateninfrastruktur, Integration in bestehende Produktionsprozesse und der Qualifizierung der Beschäftigten. Wir müssen den Einsatz von KI in unserem industriellen Sektor als Schlüssel zum Erfolg begreifen und entschlossen unterstützen. Industrielle KI ist der Hebel, mit dem sich die Kombination aus Ingenieurswissen, einem starken Mittelstand und wertvollen Industriedatenschätzen in globale Wettbewerbsvorteile verwandeln lassen. Unser Ziel ist es, diese Stärke in ein skalierbares Ökosystem für industrielle KI zu übersetzen, das Lösungen in die Breite der Wirtschaft bringt. Dabei spielen europäische Initiativen eine entscheidende Rolle. Europäische Datenräume schaffen die Grundlage für den sicheren Austausch von großen Mengen an Produktions- und Prozessdaten für hochwertige KI-Lösungen in der Industrie. Initiativen wie IPCEI bündeln Fördermöglichkeiten, die einzelne

Unternehmen oder Mitgliedsstaaten nicht aufbringen können und bringt so die Entwicklung und Skalierung industrieller KI voran. Wir wollen außerdem den gezielten **Einsatz digitaler und KI-basierter Lösungen in Industrie und Mittelstand fördern**, um Effizienz, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit deutlich zu steigern. Unser Ziel ist es, Deutschland und Europa weltweit führend bei der Integration von KI in industrielle Wertschöpfung zu machen. Hierfür setzen wir auch eine **KI Offensive auf, die unter anderem einen staatlich finanzierten KI-Gutschein für klein- und mittelständische Unternehmen umfasst, der sowohl die Implementierung von KI-Anwendungen als auch die notwendige Datenaufbereitung unterstützt**.

5. Eigene KI-Modelle von morgen entwickeln:

Die Sperrung der neuesten KI-Modelle von Anthropic für Anwender außerhalb der USA muss alle wachrütteln. Europa muss seinen Zugang zu Frontier-Modellen strategisch absichern und dafür eigene Schlüsselpositionen im KI-Stack gezielt als Verhandlungsmacht einsetzen. Zugleich müssen KI-Infrastruktur und Rechenkapazitäten deutlich ausgebaut werden. Angesichts der Vorsprünge US-amerikanischer und chinesischer Firmen und der dort massiv höheren Investitionen in KI-Systeme und Infrastruktur müssen wir zudem auf neue Technologien und Innovationen setzen und konsequent dort vorangehen, wo souveräne Lösungen besonders entscheidend sind. Die **New-Frontier-AI-Challenge** der SPRIN-D versammelt gerade die international aussichtsreichsten Ansätze, **um die nächste Generation KI zu entwickeln. Wir wollen in dieses Rennen massiv investieren und eigene Stärken aufbauen**. Dabei leitet uns das Ziel der technologischen Souveränität Deutschlands und der EU. Statt Technologien von außereuropäischen Akteuren auf Dauer nur einzukaufen, brauchen wir die Ambition und den politischen Willen, eigene Technologien zu entwickeln, zu skalieren und wirtschaftlich anzuwenden.

6. KI braucht Grenzen: Die rasanten Fortschritte im Bereich KI werfen wichtige gesellschaftliche und sicherheitspolitische Fragen auf:

Wir brauchen Regeln, die verhindern, dass technische und algorithmische Systeme unkontrolliert Entscheidungen treffen. Wir verstehen einen menschenzentrierten Ansatz für KI als Wettbewerbsvorteil, nicht als Standortnachteil. Eine Regulierung, die Sicherheit, menschliche Kontrolle sowie den Schutz der Grundrechte und der Urheberrechte in den Mittelpunkt stellt, schafft Vertrauen und ethische Standards für Entwicklung, Genehmigung und Einsatz von KI. Als Europäerinnen und Europäer haben wir auch einen internationalen Auftrag: Wir brauchen weltweite Regeln für die Nutzung und die Grenzen von KI. Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir uns deshalb insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen für die Vereinbarung globaler Regeln und einen fairen Zugang zu künstlicher Intelligenz einsetzen.

7. Rahmenbedingungen für die „Champions“ von morgen verbessern:

Der Staat muss die Kapitalbasis für Start-ups, Scale-ups, KMUs und Greenfield-Investitionen gezielt stärken. Neben besseren Finanzierungsangeboten gehören dazu auch staatliche Initiativen und – wo sinnvoll – Beteiligungen an vielversprechenden jungen Unternehmen. Der **Deutschlandfonds** ist dafür ein wichtiger Schritt. Entscheidend ist, die richtigen Instrumente einzusetzen: Statt kleinteiliger Förderprogramme brauchen wir **bessere Kapitalzugänge**, eine stärkere **Rolle des Staates als Ankerkunde für innovative Unternehmen** sowie neue Finanzierungsinstrumente wie **Garantien oder Innovationspartnerschaften**. Diese wirken oft schneller und zielgerichteter als klassische Förderung. Über die Reform der privaten Altersvorsorge und die Einführung einer Frühstartrente

tragen wir maßgeblich dazu bei, dass mehr Kapital für Investitionen zur Verfügung stehen wird. Gleichzeitig müssen wir die Kapitalmarktunion zügig vertiefen und institutionelle Investoren stärker mobilisieren. Auch private Ersparnisse können durch kluge Anreize besser für Investitionen genutzt werden. Ziel ist es, mehr Kapital in die entscheidende Phase zu lenken, in der innovative Geschäftsmodelle entstehen und wachsen, private Investoren aber noch zurückhaltend sind. Der Staat muss dabei auch bereit sein, Risiken einzugehen. Wer Innovation will, muss mutig sein – und akzeptieren, dass nicht jede Investition erfolgreich ist. Nur so entstehen die Unternehmen, die unseren zukünftigen Wohlstand tragen.

8. Kreislaufwirtschaft als Beitrag zur Resilienz und Ressourcensicherheit ausbauen:

Unsere auf Hochtechnologien und auf Export ausgerichtete Industrie ist in hohem Maße auf funktionierende Lieferketten und Ressourcensicherheit angewiesen. Die Transformation unserer Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft und die effiziente und mehrfache Nutzung von Ressourcen sind deshalb wichtig, um die Wirtschaft krisenfest und unabhängiger von globalen Krisen aufzustellen. Wir werden die Entwicklung neuer Recycling- und Kreislauftechnologien fördern und zirkuläre Geschäftsmodelle voranbringen zur Verbesserung von Ressourceneffizienz, Wiederverwendung und hochwertigem Recycling. Zudem werden wir **Leitmärkte für Kreislaufprodukte** etablieren. Durch die Förderung von Digitalisierung, unter anderem Datenräumen und KI-Anwendungen, entwickeln wir das zirkuläre Design und die Ressourceneffizienz weiter.

9. Gründungen einfacher und attraktiver gestalten:

Förderstrukturen zur Ausgründung sollten bundesweit bereitgehalten und an allen Hochschulen ermöglicht werden. Dazu zählt die Kooperation mit der regionalen Wirtschaft ebenso wie mit öffentlichen Einrichtungen. Hier kann der Bund mit **einer stärkeren Fokussierung der regionalen Innovationsförderung auf wissenschaftliche Cluster** ansetzen. Das Programm Exist werden wir deshalb stärken. Die **Gründung neuer Unternehmen muss künftig in 24 Stunden erfolgen** können. Europäische Initiativen für bessere Start-up-Bedingungen können diesen Ansatz ergänzen, wenn sie die Gründung innerhalb des europäischen Binnenmarkts erleichtern, den Zugang zu Wagniskapital verbessern und klare Regeln, die Missbrauch verhindern, verlässliche Register und den Schutz der Unternehmensmitbestimmung sicherstellen. Insbesondere junge Unternehmen wollen wir deutlich von Berichtspflichten und kleinteiliger Förderbürokratie entlasten (**Gründerschutzzonen**).

10. Verantwortungsvolles und nachhaltiges Wirtschaften stärken:

Langfristige wirtschaftliche Stärke entsteht, wenn Unternehmen nicht nur kurzfristige Renditen erzielen, sondern **dauerhaft investieren, gute Arbeit sichern und Verantwortung für ihren Standort übernehmen**. Rechtliche Rahmenbedingungen sollten nachhaltiges Unternehmertum und langfristige Wertschöpfung erleichtern. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen als zusätzliche Rechtsform ein. Sie soll Gründerinnen und Gründern sowie Unternehmen ermöglichen, **Gewinne im Unternehmen zu halten, Unabhängigkeit zu sichern und nachhaltige Wertschöpfung stärker in den Mittelpunkt zu stellen**. Dadurch schaffen wir eine Option für Unternehmen, bei denen **langfristige Entwicklung Vorrang vor kurzfristigen Gewinnentnahmen** hat.

Säule 2: einen handlungsfähigen und modernen Staat aufbauen

Deutschland braucht eine aktive und zielgerichtete Wirtschafts- und Industriepolitik. Ein aktiver Staat ist kein Ersatz für den Markt. Er ergänzt den Markt, wenn dieser nicht allein funktioniert – zum Beispiel um Koordinations- oder Finanzierungsprobleme zu lösen und um Innovationen anzuschieben. Es geht darum, den Instrumentenkasten unserer Wirtschaftspolitik voll zu nutzen und weiterzuentwickeln, um auf die vielen Herausforderungen mit Stärke zu begegnen. Dafür empfehlen sich folgende Maßnahmen:

1. Agilität konsequent ausbauen, Bürokratie abbauen:

Die Modernisierung des Staates ist zentral für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Eine höhere Geschwindigkeit staatlichen Handels ist dabei entscheidend. **Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt und konsequent vereinfacht werden.** Dafür muss den Verwaltungen nicht nur die Angst vor Risiko genommen werden. Die Arbeit innerhalb der Verwaltung muss agiler werden. Behörden müssen enger und effektiver zusammenarbeiten. Dafür setzen wir auf klar definierte Fristen schlankere Prozesse und **Modellregionen für strategisch wichtige Projekte**, in denen Genehmigungen gebündelt und beschleunigt erteilt werden. Zentrale Infrastrukturprojekte liegen im überragenden öffentlichen Interesse und müssen deshalb beschleunigt genehmigt werden können. Wir müssen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen deutlich von Bürokratie entlasten. Wir werden die gesetzlichen Berichts- und Dokumentationspflichten deshalb reduzieren. Sollten neue **Berichtspflichten zukünftig notwendig werden, werden diese vor Einführung intensiv** auf ihren konkreten Beitrag zur Zielerreichung und ihre tatsächliche Nutzung durch den Staat überprüft. Bestehende Pflichten werden systematisch überprüft und dort abgeschafft, wo kein nachweisbarer Mehrwert entsteht. Unternehmen mit nachweislich hoher Compliance sollten schrittweise entlastet werden, während **bei Verstößen Strafen erhöht und Haftungsregeln gezielt verschärft werden** sollten. Gerade Unternehmen, die durch Tarifbindung und Mitbestimmung bereits innerbetrieblich für einen fairen Interessenausgleich sorgen, können von Bürokratiepflichten entlastet werden.

2. Verwaltung auf die Höhe der Zeit bringen:

Wir werden den Austausch mit staatlichen Stellen **konsequent digitalisieren, Zuständigkeiten klarer ordnen und Förderangebote in zentralen Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) bündeln.** Dies hilft insbesondere denjenigen, die keine Kapazitäten haben, komplexe Förderanforderungen und -strukturen zu überblicken – vor allem den Bürgerinnen und Bürgern sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Gleichzeitig müssen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft enger zusammenarbeiten. Dafür **reformieren wir das öffentliche Dienstrecht:** Wir öffnen Karrierewege, vereinfachen den Wechsel zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft und stärken leistungsorientierte Vergütungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Führungsverantwortung soll künftig stärker an Leistung, Entscheidungskraft und vielfältiger Berufserfahrung ausgerichtet werden. Unser Ziel ist eine moderne, agile und handlungsfähige Verwaltung, die Chancen ermöglicht, statt Prozesse zu verwalten.

3. Den Staat zum Innovationstreiber und Garanten für fairen Wettbewerb machen:

Wirtschaftspolitik darf sich nicht darin erschöpfen, bestehende Strukturen zu bewahren. Die Bewahrung des Bestehenden kann aus Gründen der wirtschaftlichen Resilienz oder zur Verhinderung von Strukturbrüchen in einigen Fällen richtig sein. Eine Wirtschaftspolitik, die aber vor allem konserviert, verzögert notwendige Anpassungen und schwächt langfristig die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik muss deshalb weniger auf Erhalt und mehr auf die Erneuerungsfähigkeit unserer Wirtschaft setzen. **Der Staat unterstützt gezielt Zukunftsindustrien und setzt die Rahmenbedingungen so, dass Innovation entstehen und sich durchsetzen kann.** Gerade in frühen Phasen neuer Branchen – den sogenannten „infant industries“ – braucht es einen Staat, der investiert, schützt und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten aktiv begleitet. Wir benötigen außerdem einen neuen und breiteren Industriebegriff: Industrie ist heute mehr als Hochofen und Fließband. Der Sektor ist eng vernetzt mit Dienstleistungen, hat riesige Potenziale bei der Digitalisierung und verfügt über eng geflochtene Wertschöpfungsketten in einzelnen Regionen und quer durch ganz Europa.

4. Der Staat muss faire Wettbewerbsbedingungen sicherstellen:

Die Digitalisierung führt zu zunehmender Marktkonzentration, algorithmischer Preisbildung und neuen Monopolstrukturen, auf die das bestehende Wettbewerbsrecht nicht ausreichend vorbereitet ist. Der Mineralölmarkt in Deutschland funktioniert nicht ausreichend. Wenige große Konzerne haben den Markt aufgeteilt und kassieren vor allem in Krisen über Gebühr ab. Wir entwickeln deshalb das **Kartell- und Wettbewerbsrecht konsequent weiter und stärken das Bundeskartellamt**, damit es schneller und wirksamer eingreifen kann. Wo der Markt nicht sauber funktioniert, muss der Staat ordnen. Im Mineralölbereich erhöhen wir die Kompetenzen der Markttransparenzstelle und wollen durch einen margenbegrenzenden Spritpreisdeckel wie zum Beispiel in Belgien und Luxemburg die Gewinne der Konzerne begrenzen. Funktionierender Wettbewerb ist die Grundlage für Innovation, wirtschaftliche Dynamik und fairen Verbraucherschutz bei dem die wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gleichrangig berücksichtigt sind.

5. Den Staat gezielt als strategischen Investor einsetzen:

Der Staat sollte nicht nur in Krisenzeiten eingreifen, wenn Unternehmen in Schieflage geraten, sondern vorausschauend in kritische Infrastruktur und Zukunftsbranchen investieren. Das **Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und der Deutschlandfonds geben dafür einen idealen Rahmen und ermöglichen uns, beim Ausbau unserer Infrastruktur einen Sprung nach vorne zu schaffen.** Neue Infrastrukturen, wie Energienetze (Strom, Wasserstoff, Wärme), Datennetze und bezahlbarer Wohnraum sind die Basis für jeden innovativen Standort. Wo sinnvoll und möglich sollte der Staat sich am Bau dieser Infrastrukturen beteiligen. So entsteht nicht nur neue Wertschöpfung im Land, sondern auch die Grundlage dafür, dass öffentliche Investitionen langfristig Rendite für die Gesellschaft bringen.

6. Öffentliche Förderung an Standort- und Beschäftigungsgarantien knüpfen:

Von Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, erwarten wir auch die Übernahme von Verantwortung. **Öffentliche Förderung muss an klare Erwartungen geknüpft sein. Dazu gehört ein langfristiges Bekenntnis zu Standorten, Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland.** Wer von staatlicher Unterstützung profitiert, muss auch bereit sein, in die Zukunft seiner Standorte und seiner Beschäftigten zu investieren.

Beschäftigte und Gewerkschaften sind frühzeitig und verbindlich in Transformations- und Investitionsentscheidungen einzubeziehen. Weiterbildung, Qualifizierung, Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen sind keine Nebensache, sondern zentrale Voraussetzungen für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg.

7. Mitbestimmung stärken und Strukturwandel gemeinsam gestalten:

Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft ist ein zentraler Wettbewerbsvorteil für unseren Wirtschaftsstandort. Wo Beschäftigte und Arbeitgeber auf Augenhöhe zusammenarbeiten, entstehen tragfähige Lösungen, die wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und Innovationskraft miteinander verbinden. Mitbestimmung erhöht die Akzeptanz von Veränderungen, stärkt die Motivation der Beschäftigten und macht Unternehmen anpassungsfähiger, krisenfester und langfristig erfolgreicher. Gerade in Zeiten tiefgreifender wirtschaftlicher und technologischer Transformation kommt der Sozialpartnerschaft eine besondere Bedeutung zu. Der wirtschaftliche Wandel wird nicht nur Gewinner hervorbringen. Regionen, Branchen und Beschäftigte, die von Veränderungen besonders betroffen sind, brauchen neue Perspektiven. An Unternehmen und industriellen Clustern hängen ganze Kommunen, Wertschöpfungsketten und tausende Arbeitsplätze. Deshalb setzen wir auf einen aktiven und vorausschauenden Strukturwandel. **Gemeinsam mit Arbeitgebern, Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern vor Ort werden wir regionale Transformationsnetzwerke und Zukunftspläne** stärken und weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, Zukunftsindustrien anzusiedeln, bestehende Arbeitsplätze zu sichern, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und den Zugang zu Weiterbildung auszubauen. Staatliche Förderung muss sich dabei am tatsächlichen Bedarf und an Zukunftsperspektiven orientieren – nicht an Himmelsrichtungen oder Wahlkreisgrenzen. Eine moderne Wirtschaftspolitik setzt auf **starke Tarifbindung, umfassende Mitbestimmungsrechte und eine verlässliche Sozialpartnerschaft. Deshalb werden wir die Mitbestimmung insbesondere in Transformationsprozessen und bei staatlich geförderten Investitionen stärken.** Konkret braucht es etwa Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte auch bei agiler Arbeit, Personalplanung und -bemessung, bei der Neugestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsabläufen, bei Transformationsplänen und bei strategischen Fragen.

Säule 3: breite Teilhabe am Wohlstand ermöglichen

Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es, dass Wohlstand entsteht – und dass er in der Breite der Gesellschaft ankommt. Wachstum allein reicht nicht. Entscheidend ist, dass wirtschaftlicher Erfolg zu guten, sicheren und vor allem gut bezahlten Arbeitsplätzen führt – zu Arbeit, die man gerne macht, von der man leben und mit dem man Vermögen aufbauen kann. Der Staat sorgt dafür, dass Beschäftigte und Gesellschaft fair am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden. Das geschieht durch gute Löhne, Mitbestimmung, eine hohe Tarifbindung, stärkere Vermögensbildung, Mitarbeiterkapitalbeteiligungen und ein Steuersystem, das Leistung anerkennt und gleichzeitig die Finanzierung von Infrastruktur, starken Sozialsystemen und öffentlichen Gütern sicherstellt. Hierzu gehört auch die bessere Anerkennung von unbezahlter Sorgearbeit, die sich als Voraussetzung für Erwerbsarbeit auch wirtschaftlich stärker niederschlagen muss.

1. Wohlstand und Vermögensaufbau durch Arbeit ermöglichen:

Arbeit muss wieder zur zentralen Quelle für Vermögensbildung werden. Produktivitätssteigerungen von Unternehmen sind in den letzten Jahrzehnten immer stärker zugunsten der Kapitaleseite anstelle der Arbeitsseite gegangen. Wir setzen uns für eine umfassende Ausweitung der **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** ein – vom CEO bis zur Hilfskraft sollen erfolgsbezogene Gehaltsanteile zusätzlich zum regulären Arbeitslohn Standard werden. Wir werden ein geeignetes Anreizsystem hierfür entwickeln. Wir möchten Belegschaften dazu ermuntern, Unternehmen – zum Beispiel beim Eigentümerwechsel – als **Mitarbeitergenossenschaft** fortzuführen. In Frankreich und Italien hat diese Form eine lange Tradition. Wir wollen sie auch in Deutschland beleben.

2. Mindestlohn weiter erhöhen:

Das Leben ist insbesondere für Menschen mit kleinem Geldbeutel in den vergangenen Jahren immer teurer geworden. Unser Grundsatz ist: Arbeit muss zum Leben reichen. Deshalb werden wir den Mindestlohn weiter erhöhen. Der Mindestlohn schützt Beschäftigte vor Armut trotz Arbeit und sorgt dafür, dass Menschen von ihrer eigenen Arbeit leben können. Zugleich stärkt er die Löhne im unteren Einkommensbereich und verhindert, dass Unternehmen über immer niedrigere Löhne miteinander konkurrieren. Gute Löhne sind dabei zugleich die beste Investition in die Zukunft unserer Sozialkassen. Die Einführung und Erhöhung des Mindestlohns hat gezeigt: Höhere Löhne stärken die Einnahmebasis der Sozialversicherungen und entlasten zugleich öffentliche Haushalte.

3. Erwerbsarbeit für alle möglich machen:

Wir wollen die mehr Menschen den Zugang zu guter, existenzsichernder Beschäftigung ermöglichen. Besonders Frauen arbeiten häufig nicht in dem Umfang, den sie eigentlich möchten – oft wegen fehlender Betreuungsangebote oder falscher finanzieller Anreize. Außerdem werden Instrumente zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsortes immer noch zu wenig genutzt. Hier liegt ein großes ungenutztes Potenzial für Wohlstand, das wir heben wollen. Deshalb werden wir gezielt Anreize setzen: durch eine **Reform des Ehegattensplittings** und einen **konsequenten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur**. Wer arbeiten will, muss arbeiten können – und zwar unter Bedingungen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Vermögensaufbau ermöglichen. Ebenso wollen wir den **Arbeitsmarkt durch den Abbau von Barrieren inklusiver gestalten**. Zugleich schaffen wir mehr Durchlässigkeit beim Übergang von Werkstätten für behinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt. Wenn ein Beschäftigungsverhältnis endet, soll ein möglichst nahtloser Übergang von Arbeit zu Arbeit ermöglicht werden. Wir wollen durch **regionale Zusammenschlüsse von Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktdrehscheiben und die Job-to-Job-Vermittlung fördern** und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.

4. Fachkräfteeinwanderung vereinfachen und beschleunigen:

Die Einwanderung von Fachkräften – insbesondere in Engpassberufen und Zukunftsbereichen – muss zu einem der effizientesten und unbürokratischsten Prozesse in Deutschland werden. Sie ist ein wichtiger Baustein, um Fachkräfteengpässe zu schließen, wirtschaftliche Dynamik zu sichern und zentrale Bereiche unseres Arbeitsmarktes funktionsfähig zu halten. Die geplante **Work-and-Stay-Agentur** soll dabei zum Vorbild moderner Staatlichkeit werden: schnell,

digital, hürdenarm und serviceorientiert. Gleichzeitig setzen wir uns für ein **Bleiberecht für alle Ausländerinnen und Ausländer** ein, die in Deutschland arbeiten oder eine Ausbildung machen. Wer in Deutschland mit anpackt, darf bleiben!

5. Kontinuierliche Weiterbildung und Qualifizierung zum Standardfall machen:

Bildung, Fähigkeiten und Wissen sind unsere wichtigste Ressource – sie entscheiden über unseren Wohlstand. Unser Ziel ist, dass alle Menschen ihre Fähigkeiten bestmöglich entwickeln und einsetzen können. Dafür stärken wir Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen und schaffen einen Arbeitsmarkt, der Wandel produktiv aufnimmt. Wir brauchen insbesondere einen Schub in der frühkindlichen Bildung und in der Schule. Es ist nicht hinnehmbar, dass Armut in einem reichen Land wie Deutschland noch immer über Bildungs- und Lebenschancen von Kindern mitentscheidet.

Kein Kind darf schlechtere Chancen haben, weil zu Hause das Geld für Nachhilfe, Bücher oder einen Laptop fehlt. Ein Bildungssystem, das soziale Unterschiede nicht ausgleicht, sondern verfestigt, wird seinem eigenen Anspruch nicht gerecht. Für uns beginnt Chancengleichheit deshalb nicht erst am Schultor. Wir müssen Kinder von Anfang an unterstützen. Mit dem KiTa Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz wollen wir Förderbedarfe rechtzeitig erkennen, Kinder gezielt unterstützen und Kitas in herausfordernden sozialen Lagen besonders stärken. Und mit dem Startchancenprogramm stärken wir gezielt Schulen, an denen die Herausforderungen besonders groß sind. Lernen wird über die Schule hinaus zu einem lebenslangen Projekt. Denn die Transformation – insbesondere durch Künstliche Intelligenz – wird die Arbeitswelt rasant verändern. Weiterbildung wird damit zur Voraussetzung für sichere Beschäftigung, Aufstieg und Teilhabe.

Bisher setzt Unterstützung oft erst dann ein, wenn Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist oder unmittelbar bevorsteht. Das ist zu spät. Wir wollen Weiterbildung zum Normalfall machen. Beschäftigte sollen ihre Qualifizierung kontinuierlich und selbstbestimmt gestalten können – unabhängig von Krisen. Dafür schaffen wir individuelle Bildungskonten, ein verlässliches Recht auf Bildungszeit sowie staatliche Weiterbildungsgutscheine, die proaktiv genutzt werden können. Eine zentrale Weiterbildungsplattform bündelt hochwertige Angebote und erleichtert den Zugang für alle – unabhängig von Unternehmensgröße oder Branche. Wir setzen uns für die Förderung von Weiterbildungsagenturen ein.

Das entlastet insbesondere kleine und mittlere Unternehmen und eröffnet Beschäftigten neue Entwicklungsperspektiven. Ergänzend setzen wir gezielte Anreize für Unternehmen, die systematisch in die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investieren und damit Beschäftigung langfristig sichern. Das Handwerk spielt dabei eine zentrale Rolle: Es setzt die Transformation im Alltag praktisch um, von der energetischen Gebäudesanierung über den Ausbau erneuerbarer Energien und moderner Wärmetechnik bis zur Ladeinfrastruktur und zur Digitalisierung betrieblicher Prozesse. Für die Fachkräftesicherung im Handwerk sind dabei insbesondere die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten von zentraler Bedeutung. Sie bilden die Fachkräfte von morgen aus und sichern gerade Handwerksbetrieben Zugang zu moderner Ausbildung, neuen Technologien und praxisnaher Weiterbildung. Deshalb wollen wir stärker in ihre Modernisierung, digitale Ausstattung und technologische Weiterentwicklung investieren. Unser Anspruch ist klar: ein modernes, leistungsfähiges und digitales Bildungs- und Weiterbildungssystem, das Chancen schafft und sozialen Aufstieg ermöglicht.

6. Den Sozialstaat fairer, effizienter und zielgenauer machen:

Ein starkes soziales Sicherungssystem ist eine Grundvoraussetzung für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort. Es sichert Menschen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit ab und ermöglicht ein Leben in Würde – ohne Existenzangst. Es unterstützt lebensnah in Notlagen und stärkt Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Soziale Sicherheit schafft außerdem Freiheit für Investitionen und Innovationen. Gerade in Zeiten tiefgreifender Transformation ist diese Absicherung kein Zusatz, sondern zentral. Sie schafft Sicherheit im Wandel und ist keine Gnadengabe, sondern ein selbstverständlicher Bestandteil unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modells. Damit der Sozialstaat zukunftsfest bleibt, muss er sich wandeln und weiterentwickeln. Deshalb arbeiten wir an einer **grundlegenden Reform des Sozialstaats – mit dem Ziel, ihn fairer, tragbar effizienter und zielgenauer zu machen. Wir brauchen einen modernen, digitalen Sozialstaat, der Unterstützung schnell, unbürokratisch und dort bereitstellt, wo sie gebraucht wird.** Das bedeutet auch, dass wir mehr in unsere soziale Infrastruktur investieren müssen – von der Kinderbetreuung über die Schule und berufsbegleitende Bildung bis hin zu Gesundheitsdiensten und der Pflege.

7. Wohlstand gerechter verteilen:

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine faire Lastenverteilung und eine nachhaltige Finanzierung. Wohlstand muss entstehen – und er muss in der Breite ankommen. Das muss sich in der Gesamtbelastung aus Steuern und Abgaben widerspiegeln. Arbeit muss sich lohnen und Vermögensaufbau muss für viele möglich sein. Deshalb werden wir die **Einkommensteuer so reformieren, dass insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden.** Gleichzeitig gilt: Sehr große Vermögen müssen einen stärkeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Dazu gehört eine **Reform der Erbschaftsteuer**, die dort greift, wo Vermögen in großem Umfang weitergegeben wird, sowie die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer. Eine breitere Vermögensverteilung stärkt den Zusammenhalt und ist Grundlage für nachhaltiges Wachstum.

8. Unternehmensbesteuerung weiterentwickeln:

Breite Teilhabe und Wohlstand setzen eine faire Besteuerung für alle in Deutschland und in Europa erwirtschafteten Gewinne voraus. Wir müssen endlich in Europa die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch die Tech Unternehmen faire Steuern auf ihre hier erwirtschafteten Gewinne zahlen und sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. In einem ersten Schritt wollen wir die Zerlegung der Gewerbesteuer für Rechenzentren so regeln, dass die Standorte stärker profitieren. Wir werden außerdem prüfen, wie etwa durch eine angepasste Unternehmensbesteuerung dafür gesorgt werden kann, dass die Gewinne aus KI nicht bei einigen wenigen ankommen, sondern gerecht verteilt werden.

Säule 4: eine verlässliche, moderne und nachhaltige Infrastruktur ausbauen

A. Energieinfrastruktur

Ein günstiges, unabhängiges, digitales und erneuerbares Energiesystem ist der zentrale Schlüssel für einen zukunftsfähigen Standort. Wir legen mit massiven Investitionen in erneuerbare Energien, in steuerbare Leistungen (Speicher, Flexibilität und wasserstofffähige Gaskraftwerke), in Netze und neuen Technologien das Fundament für Fortschritt und Wohlstand. Gleichzeitig sichern wir damit unsere energiepolitische Souveränität und machen uns unabhängiger von internationalen Rohstoffmärkten, geopolitischen Krisen und autoritären Regimen. Die finanziellen Lasten dieser Jahrhundertinvestition dürfen nicht einseitig auf die heutigen Verbraucherinnen und Verbrauchern abgewälzt werden. Weder die fossilen Energien noch die gefährliche und teure Kernenergie werden Deutschland eine zukunftsfähige Energieversorgung bringen.

1. Strompreise dauerhaft und planbar senken:

Wir werden mit aller Kraft dafür arbeiten, dass Strom so günstig wie möglich wird. Günstige Strompreise sind der entscheidende Schlüssel für den Hochlauf der E-Mobilität, der klimafreundlichen Gebäudewärme und der Dekarbonisierung unserer Industrie. Es ist ein wichtiger Erfolg, dass wir die **Senkung der Stromsteuer für das verarbeitende Gewerbe** auf das europäische Minimum durchgesetzt haben. Sobald finanziell darstellbar, wollen wir die Senkung auch für alle übrigen Verbraucherinnen und Verbraucher durchführen. Mit dem **Industriestrompreis** und der **Verstetigung der Strompreiskompensation** schaffen wir Planungssicherheit für die Industrie. Wir setzen uns ein, dass diese Elemente auch nach 2030 fortgeführt werden. Zudem müssen wir die Energiewende intelligenter gestalten, Effizienzpotenziale heben und unser hohes Ambitionsniveau beibehalten. Dazu gehören insbesondere ein entschlossener **Ausbau der erneuerbaren Energien, die Einbindung von Speichern und Großspeichern, dynamische Stromtarife und Netzentgelte sowie innovative Geschäftsideen** wie Vehicle-to-Grid oder Energy Sharing. Ergänzend werden wir noch für einige Jahre auf fossile Energie – insbesondere auf Erdgas – angewiesen sein. Wir werden die sichere Versorgung mit Erdgas sicherstellen, solange regenerative Alternativen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Gleichzeitig bereiten wir uns auf die schrittweise Senkung des Verbrauches vor und vermeiden Lock-in-Effekte.

2. Klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung schaffen:

Wir werden weiterhin mit aller Kraft dafür arbeiten, 2045 als erste große Industrienation klimaneutral zu werden. Zugleich ist klar: Klimaschutz muss mit wirtschaftlichem Wachstum und dem Abbau von sozialen Ungleichheiten Hand in Hand gehen. Wir gehen deshalb pragmatisch vor, ermöglichen realistische und verlässliche Dekarbonisierungspfade, sichern Arbeitsplätze dauerhaft und verhindern Wettbewerbsnachteile gegenüber Standorten mit niedrigeren Klimaschutzstandards – im engen Austausch und Schulterschluss mit Wirtschaft und den Gewerkschaften. Wir werden uns daher für eine **ambitionierte Klimapolitik** starkmachen, die industrielle Innovationen anzieht und zukunftsfähige Lösungen entwickelt. Der europäische Emissionshandel ist dafür ein wichtiger Baustein, der seine Lenkungswirkung auch entfalten können muss. Wir werden ihn mit Augenmaß so weiterentwickeln, dass er transformative Geschäftsmodelle unterstützt, ohne die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Industriezweige zu gefährden. Wir setzen uns außerdem bei der Europäischen Kommission und COP diplomatisch ein für die **Ambitionssteigerung unserer internationalen Partner** (im Sinne eines Level-Playing-Field) sowie für einen funktionierenden **Grenzausgleichsmechanismus mit einem Exportausgleich** bei der Europäischen Kommission ein. Wir stärken den Klimacub, um die internationale Koordinierung bei der CO₂-Bepreisung und der Schaffung klimafreundlicher Leitmärkte zu verbessern. Bei der Wahl der Dekarbonisierungspfade sollte der Staat größtmöglichen Spielraum lassen und

sich auch für neue Technologien, wie die Anwendung von Wasserstoff oder von CCU und CCS, offen zeigen. Dieser Pragmatismus darf aber nicht zu Orientierungslosigkeit im Sinne einer Laissez-faire-Technologieoffenheit führen. Unsere Industrie braucht ebenso wie die Verbraucherinnen und Verbraucher Klarheit darüber, wann sich Zukunftstechnologien lohnen. Diese Klarheit müssen Staat, Wissenschaft und Unternehmen mit langfristigen Szenarioplanungen immer wieder neu schaffen. Absehbare technische Entwicklungen zum Beispiel bei der Wärmepumpe oder dem batterieelektrischen Antrieb müssen vom Staat gefördert und nicht verschleppt werden.

3. Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieinfrastruktur beschleunigen:

Wir werden den entschlossenen Ausbau der erneuerbaren Energien fortsetzen, damit im Jahr 2030 80 Prozent und perspektivisch 100 Prozent des Strombedarfes durch erneuerbare Energien gedeckt werden können. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die effiziente Verwendung braucht es eine moderne Energieinfrastruktur. Wir machen deshalb **Tempo bei der Digitalisierung und dem Aus- und Umbau unseres Stromnetzes, unseres Wärmenetzes, unseres Wasserstoffnetzes sowie eines bedarfsgerechten CO₂-Transportnetz für unvermeidbare Emissionen**. Es kann nicht sein, dass Industriebetriebe, Rechenzentren und Stromspeicher jahrelang auf Stromanschlüsse warten. Gerade für die Industrie verschleppen lange Anschlusszeiten die eigene Transformation. Deshalb wollen wir Industriebetriebe eine klare Anschlussgarantie geben. Wo es möglich und sinnvoll ist, wird der Staat diesen Ausbau direkt unterstützen. Bei den Übertragungsnetzbetreibern unterstützen wir eine direkte Beteiligung des Bundes. Auch die Verteilnetzbetreiber sind in vielen Fällen auf zusätzliches Eigen- und Fremdkapital angewiesen, um die Energienetze zu modernisieren. Deshalb setzen wir uns für einen **Energiewendefonds zur Stärkung des Stromnetzausbaus im Rahmen des Deutschlandfonds** ein, der Eigenkapitalinstrumente und vergünstigte Fremdkapitalinstrumente bereithält. Die Lasten des Umbaus des Energiesystems sollten nicht allein von den heutigen Haushalten und Unternehmen getragen werden. Eine Co-Finanzierung über staatliche Elemente ist daher angemessen. Wir befürworten deshalb auch eine direkte Beteiligung des Bundes bei den Übertragungsnetzbetreibern.

4. Wasserstoffhochlauf voranbringen:

Für viele industrielle Anwendungen ist grüner Wasserstoff nicht nur ein Weg zur Dekarbonisierung, sondern auch eine Möglichkeit, die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu verringern und die langfristige Versorgungssicherheit zu stärken. Allerdings zeigt sich, dass erneuerbarer und kohlenstoffarmer Wasserstoff im Vergleich zu fossilen Alternativen noch nicht wettbewerbsfähig sind. Eine zentrale Hürde bleibt die Lücke zwischen der Zahlungsbereitschaft der Abnehmer und den Wasserstoffbereitstellungskosten. Für einen gelingenden Markthochlauf braucht es daher gezielte Anreize zur Nachfragestärkung, zum Beispiel **Differenzverträge (CfDs) zur staatlichen Absicherung der Nachfrageentwicklung** im Industrie- und Energiesektor.

B. Verkehrsinfrastruktur und Mobilität

Mobilität und Transport sind zentrale Voraussetzungen für soziale Teilhabe, wirtschaftliche Prosperität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein leistungsfähiges und verlässliches Verkehrssystem ist unentbehrlich für eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft. Sie sind zugleich Voraussetzung für einen starken florierenden Tourismus in Deutschland. Mit dem

Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität haben wir das größte Investitionspaket in der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Wir modernisieren damit unsere öffentlichen Infrastrukturen und stärken die Binnennachfrage. Das ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Standortes der mutigste finanzpolitische Schritt der vergangenen Jahrzehnte, und es ist dringend notwendig. Ob Menschen täglich zur Arbeit kommen, ob sie in dünn besiedelten Räumen am wirtschaftlichen Leben teilhaben können, ob Unternehmen ihre Lieferketten sichern können, all das hängt an einem Verkehrssystem, auf das Verlass ist. Wir investieren deshalb massiv in Infrastruktur – in Schienen, Straßen und Wasserwege.

1. Die Schiene zum Rückgrat von Mobilität und Logistik machen:

Schienenverkehr vereint einzigartige Stärken: Er kombiniert Geschwindigkeit und Sicherheit mit der Fähigkeit, enorme Gütermengen in einem einzigen Zug zu bewegen – und das bei geringem Energieverbrauch. Diese Vorteile wollen wir systematisch ausbauen und **mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene** verlagern. Dafür braucht es ein Bahnsystem, das nicht nur leistungsfähig, sondern auch widerstandsfähig ist und mehr Kapazitäten hat. Dazu müssen wir die Schienenwege und die Fahrzeuge konsequent und flächendeckend digitalisieren und elektrifizieren. Die nötige langfristige und überjährige Finanzierung der Schieneninfrastruktur wollen wir durch einen Schienenfonds sicherstellen. Den Schienengüterverkehr müssen wir durch eine **Reform der Trassenpreise** stärken, den kombinierten Verkehr noch mehr in den Fokus nehmen und die Transformation von DB Cargo aktiv begleiten, sodass wir die Stärke des Unternehmens und seine Arbeitsplätze erhalten. Der Schienenverkehr gehört zur kritischen Infrastruktur, seine Kontinuität gerade in Krisensituationen, bei Naturereignissen oder Spannungsfällen ist für Staat und Gesellschaft unverzichtbar. Physischen Angriffen und Cyberangriffen auf das Bahnsystem begegnen wir mit verbindlichen **Resilienzstandards**, in die Technik, Regulierung und Betrieb gleichermaßen einbezogen werden. Auf europäischer Ebene treiben wir die Entwicklung des einheitlichen europäischen Eisenbahnraums aktiv voran. Ein integriertes Schienennetz ist die Voraussetzung dafür, dass europäische Mobilität und europäischer Güterverkehr ihre Potenziale wirklich entfalten.

2. Die Mobilitätswende gestalten:

Der demografische Wandel verändert die Anforderungen an Mobilität grundlegend. Eine älter werdende Gesellschaft stellt andere Ansprüche an Verlässlichkeit und Erreichbarkeit. Auch der durch den Wandel bedingte steigende Mangel an Fahrpersonal wird im Verkehrssektor immer deutlicher spürbar. Wir wollen in Mobilitätssystemen denken, die diesen Wandel nicht verwalten, sondern gestalten. Das bedeutet: bedarfsgerechte Angebote in der Fläche, die Übergangslücken im öffentlichen Verkehr schließen und eine konsequente Vernetzung aller Verkehrsträger – vom Fahrrad über den Bus bis zur Bahn und zum Auto – sodass Mobilitätsketten nahtlos funktionieren und nicht an Systemgrenzen scheitern. Nachhaltige Mobilität für alle heißt nicht überall dasselbe Angebot, sondern überall eine echte Option. Diesen Wandel können Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam gestalten, ohne dabei auf die jeweilige Zuständigkeiten zu pochen.

3. Elektromobilität für Klimaschutz und Wertschöpfung vorantreiben:

Der Straßenverkehr ist für einen erheblichen Teil der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Der batterieelektrischen Antrieb erobert jedoch zunehmend die Märkte – der globale Trend geht klar in Richtung Elektromobilität. Das nutzen wir: für das Klima, aber auch für eine zukunftsfähige Wertschöpfung in Deutschland und langfristig gute Arbeitsplätze in der deutschen Automobil- und

Zuliefererindustrie. Die Grundvoraussetzung dafür sind günstige und transparente Strompreise. Der Hochlauf der Elektromobilität und die Energiewende müssen zusammengedacht werden. **Den Zugang zum Elektrofahrzeug öffnen wir für die breite Bevölkerung mit dem auf den Weg gebrachten Förderprogramm für E-Mobilität, das – wie bereits die ersten Zahlen zeigen – sowohl für den Neuwagenkauf als auch das Leasing einen starken zusätzlichen Anreiz gibt. Mit einer sozialen Staffelung und einer einkommensabhängigen Deckelung** stellen wir sicher, dass die Förderung insbesondere auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen zugutekommt. Durch klare Local-Content-Regeln stellen wir sicher, dass das Fördergeld auch bei europäischen Herstellern ankommt. Wir sorgen für mehr Preistransparenz an Ladesäulen, beschleunigen den **Ausbau der Ladeinfrastruktur** und beugen Monopolbildung vor. Wir schließen die bisherige Versorgungslücke in Mehrfamilienhäusern, wo heute die Kombination aus unzureichender Netzkapazität, hohen Installationskosten und ungeklärten Eigentumsverhältnissen den Umstieg blockiert. Darüber hinaus werden wir das große Klima- und Wertschöpfungspotenzial des elektrischen Schwerlastverkehrs noch besser nutzen. Die Verlängerung der Mautbefreiung für E-Lkws war ein wichtiger Schritt, den wir durch die Förderung des Depotladens fortsetzen. Damit stärken wir ein Segment, in dem deutsche und europäische Hersteller Technologieführer sind. Eine weitere Aufweichung der Flottengrenzwerte über die Vereinbarungen der Koalition hinaus ist mit uns nicht zu machen: Beim Umstieg auf die Elektromobilität müssen auch die Hersteller in die Pflicht genommen werden.

4. Technologieführer beim autonomen Fahren werden:

Für die Zukunft des Automobilstandorts Deutschland wird vor allem unsere Fähigkeit entscheidend sein, bei autonomen Fahrtechnologien weltweit führend zu werden entscheidend sein. Hier sind technologische Souveränität und Resilienz unverzichtbar. Deshalb setzen wir auf europäische Technologien. Unser Ziel ist es, **Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für autonomes Fahren** zu machen. Dafür brauchen wir eine **sektorspezifische Deregulierung, die Entwicklung, Erprobung, Zulassung und Anwendung autonomer Mobilität deutlich beschleunigt** – vom Pkw bis zum Lkw, vom urbanen Raum bis in ländliche Regionen. Die Bedürfnisse von Industrie, Mittelstand, Forschung und Kommunen müssen dabei schnell und pragmatisch in verlässliche Rahmenbedingungen übersetzt werden. Autonomes Fahren kann gerade in dünn besiedelten Räumen das Versprechen eines verlässlichen, bezahlbaren und flächendeckenden öffentlichen Verkehrs einlösen. Es eröffnet die Chance auf einen Quantensprung für gleichwertige Lebensverhältnisse, soziale Teilhabe und moderne Mobilität auf dem Land. Der entstehende Produktivitätsgewinn sollte nicht nur einigen Tech- oder Automobilkonzernen, sondern der Allgemeinheit zugutekommen.

5. Häfen und maritime Wirtschaft als strategische Infrastruktur stärken:

Leistungsfähige Häfen sind unverzichtbar für Außenhandel, industrielle Lieferketten, Energieversorgung und wirtschaftliche Resilienz. Zugleich sind sie wichtige Standorte für den Tourismus. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Energiewende, den Ausbau der Offshore-Windenergie, den Bau von Konverterplattformen, den Import klimaneutraler Energieträger und die industrielle Transformation. Deshalb wollen wir die deutschen Häfen gezielt stärken und ihre Finanzierung auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage stellen. Der Bund muss sich stärker an Erhalt, Ausbau, Digitalisierung und Modernisierung der Hafeninfrastruktur sowie der Hinterlandanbindungen und Bundeswasserstraßen beteiligen. Gleichzeitig stärken wir Schiffbau, Werften, maritime Zulieferer und Hafenlogistik als Zukunftsbranchen, sichern industrielle Wertschöpfung, maritime Fähigkeiten, gute Arbeit und technologische Kompetenz.

Säule 5: Europäische Souveränität stärken und fairen Handel sichern

Deutschland braucht Europa und die Welt. Wenn Deutschland weiterhin mit 83 Millionen Menschen die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt bleiben will, kann sich unser Land nicht auf unseren deutschen und europäischen Markt zurückziehen. Unser Wohlstand entsteht im Austausch mit Staaten – und Europa ist dabei unser zentraler wirtschaftlicher und politischer Rahmen. Gleichzeitig verändert sich die Welt: Wirtschaftliche Stärke ist zunehmend ein geopolitischer Faktor, der über Einfluss, Sicherheit und Handlungsfähigkeit entscheidet. Gerade deshalb ist europäische Souveränität von zentraler Bedeutung. Sie bedeutet, offen zu bleiben, ohne verwundbar zu sein, und unsere wirtschaftlichen Interessen selbstbestimmt vertreten zu können.

1. Industrie- und Handelspolitik konsequent europäisch ausrichten:

Deutschland braucht eine **langfristige Handelsstrategie**, die im engen Schulterschluss mit unseren europäischen Partnern die gemeinsame Handelspolitik stärkt und an die Realität einer multipolaren Welt anpasst. Unser Ziel ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass zentrale Schlüsselindustrien in Europa bleiben oder dort neu angesiedelt werden. Die EU muss ihre handelspolitischen Spielräume entschlossen nutzen, um sich vor Überkapazitäten und unfairen Wettbewerbspraktiken zu schützen und die heimische Wertschöpfung in strategischen Bereichen zu stärken. **Handelsschutzinstrumente** müssen gezielt dort eingesetzt werden, wo internationale Regeln verletzt werden. Unser Ansatz ist eine **interessengeleitete Handelspolitik**, die sich an den Realitäten einer multipolaren Welt orientiert: offen für Kooperation, aber klar in der Durchsetzung von Regeln. Dazu gehören auch die gezielte Schaffung **klimafreundlicher Leitmärkte** und ein wirksamer **Schutz vor Carbon Leakage**. Durch die Entwicklung, Produktion und den Export von Spitzentechnologien muss die EU ihr geoökonomisches Gewicht gezielt erhöhen. Gleichzeitig braucht die EU neue, verlässliche Partnerschaften auf moderne und faire Handelsabkommen.

2. Wirtschaftliche Erpressung wirksam abwehren:

Deutschland braucht eine Außenwirtschaftsstrategie auf der Höhe der Zeit, die Schlüsselindustrien deutlich entschlossener insbesondere vor chinesischen Überkapazitäten schützt. **Deshalb unterstützen wir auch den Industry Accelerator Act der EU-Kommission, der in strategisch wichtigen Bereichen zusätzliche Schutzinstrumente wie sektorale Zölle, schärfere Handelsschutzverfahren und zusätzliche Instrumente gegen den Schutz von Überkapazitäten vorsieht.** Wir erwarten, dass die EU ihre **Anti-Coercion Instrumente** zu einem schlagkräftigen Schutzmechanismus weiterentwickelt und mit Partnerländern verzahnt. So entsteht ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, der wirtschaftlicher Erpressung geschlossen entgegentritt und seine Interessen konsequent durchsetzt.

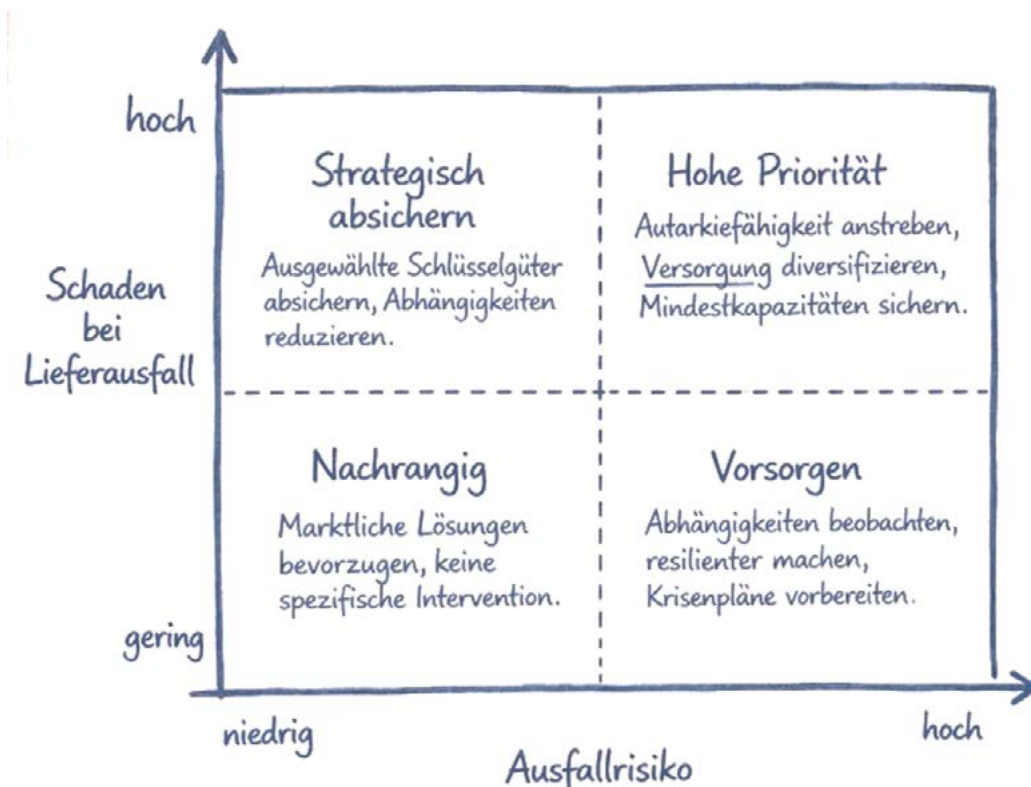
3. Partnerschaften intensivieren:

Als Exportnation und als rohstoffarmes Land brauchen wir den Welthandel. Wir brauchen deshalb deutlich engere Zusammenarbeit gleichgesinnter Handelsnationen. Deshalb setzen wir uns für einen **Handelsclub mit Partnern** wie Großbritannien, Kanada, Australien sowie Staaten in Amerika, Afrika und Asien ein – auf der Grundlage fairer Regeln, gemeinsamer

Standards und gegenseitigen Vertrauens. Deutschland sollte auch seine Anstrengungen verstärken, unsere Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens auszubauen. Dabei verfolgen wir eine Politik des fairen Ausgleichs und gemeinsamer Regeln.

4. Wirtschaftliche Resilienz und Souveränität ausbauen:

Deutschland und die EU brauchen eine **Politik des strategischen Reshoring**s. Weder sollten wir anstreben, alle relevanten Produkte ausschließlich in der Europäischen Union fertigen lassen, noch sollten wir die Naivität des Glaubens an die unverletzlichen Lieferketten beibehalten. Niemals werden wir zulassen, dass die aufkommende Feindlichkeit eines einzelnen Landes unsere Existenz als freie, liberale, verteidigungsfähige und wirtschaftlich robuste Staatenunion gefährdet. Wir werden deshalb unsere **Reshoring-Politik an klaren strategischen Kriterien**



ausrichten. Maßgeblich ist für uns, wie verwundbar Europa im Krisenfall wäre. Deshalb bewerten wir Lieferketten künftig entlang zweier Fragen: Wie groß wäre der Schaden eines länger anhaltenden Ausfalls für menschliches Wohlbefinden, kritische Infrastruktur, industrielle Produktion und wirtschaftliche Stabilität? Und wie hoch ist das Risiko, dass eine solche Unterbrechung tatsächlich eintritt? Wie schnell Ersatz durch Lagerhaltung, Substitution oder den Aufbau eigener Produktionskapazitäten geschaffen werden kann, fließt dabei in die Bewertung der Schadenshöhe ein.

5. Rohstoffsouveränität und industrielle Resilienz stärken:

In Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen muss Deutschland seine wirtschaftlichen Abhängigkeiten reduzieren und die Versorgung mit kritischen Rohstoffen langfristig sichern. Dazu gehören diversifizierte Lieferketten, strategische Rohstoffpartnerschaften mit verlässlichen Partnerstaaten sowie der Ausbau europäischer Förder-, Verarbeitungs-

und Recyclingkapazitäten. Ein gut ausgestatteter **europäischer Rohstofffonds** soll Projekte unterstützen, die von hoher strategischer Bedeutung sind, aber nicht allein privat finanziert werden können. Gleichzeitig braucht Europa eine aktive Industriepolitik, um seine Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsseltechnologien zu sichern. Deshalb unterstützen wir die **Schaffung eines europäischen Wettbewerbsfähigkeitsfonds im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)**. Der Fonds soll gezielt in Zukunfts-, Klima-, Digital- und Verteidigungsindustrien investieren sowie den Aufbau strategischer Produktionskapazitäten in Europa unterstützen. Die Mittelvergabe muss sich am europäischen Mehrwert und an strategischen Prioritäten orientieren – nicht an nationalen Quoten oder geografischen Verteilungsschlüsseln. Investitionsentscheidungen sollten auf europäischer Ebene nach dem Exzellenzprinzip getroffen werden, damit die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den größten Beitrag zu Europas Wettbewerbsfähigkeit, technologischer Souveränität und wirtschaftlicher Resilienz leisten.

6. Digitale Souveränität ausbauen:

Staat und Unternehmen sind in erheblichem Maße von Hard- und Software, Cloud-Diensten und Plattformen außereuropäischer Anbieter abhängig – mit Risiken wie Datenabfluss, eingeschränkter Kontrolle und strukturellem Vendor-Lock-in, der die Entwicklung europäischer Alternativen erschwert. In vielen Bereichen muss Europa die digitale Souveränität mit aller Konsequenz erhalten oder zurückgewinnen. Dabei existieren aber auch längst leistungsfähige europäische Alternativen, die bislang nicht ausreichend skaliert werden. Entscheidend ist nun, diese Lösungen konsequent zu stärken und breiter einzusetzen. Gerade der Staat muss dabei als Ankercunde vorangehen. Dafür **bauen wir vertrauenswürdige digitale Infrastrukturen in Europa aus und setzen auf Open Source, offene Standards sowie Datenportabilität, um Abhängigkeiten systematisch zu reduzieren**. Öffentliche IT Beschaffung richten wir in sensiblen Bereichen konsequent stärker auf souveräne europäische und offene Lösungen aus und fördern gezielt deren Skalierung. Gleichzeitig **setzen wir faire Wettbewerbsbedingungen im digitalen Binnenmarkt konsequent durch, um die Marktmacht dominanter Plattformen zu begrenzen** und europäischen Anbietern das Wachstum zu ermöglichen.

7. Öffentliche Beschaffung als Hebel für europäische Wertschöpfung nutzen:

Die **öffentliche Beschaffung ist ein zentraler Hebel, um Nachfrage zu schaffen und europäische Produktion zu unterstützen**. Wir setzen uns hier für einen **European Preference-Ansatz** ein, der in strategischen Bereichen europäische Lösungen priorisiert, insbesondere dann, wenn öffentliche Auftraggeber Aufträge oder Fördermittel vergeben. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für gemeinsame Vorgaben ein. Wichtig ist dies zum Beispiel zur Stärkung der digitalen Souveränität oder der Unterstützung von klimafreundlicher Produktion, zum Beispiel bei Batterien oder Stahl. Dafür müssen wir zu einem gewissen Grad auch höhere Preise in Kauf nehmen – die Mehrkosten sind in unsere ökonomische Widerstandsfähigkeit gut investiert.

8. Die europäische Integration voranbringen:

Der europäische Binnenmarkt ist im globalen Wettbewerb unser größtes Pfund. Wir unterstützen deshalb die Europäische Kommission in dem Bemühen, den Binnenmarkt weiter zu vertiefen und nationale Hürden abzubauen. – unter anderem mit der Einführung einer einheitlichen europäischen Gesellschaft, die die Rechte von Arbeitnehmenden und Schutzstandards wahrt

und Unternehmensmitbestimmung und hohe Standards bei Transparenz und Geldwäsche sicherstellt gewährleistet. Dazu gehört auch, die **Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Harmonisierung von Produktstandards zu stärken**. Wir treiben die Energieunion voran – unter anderem über den Aufbau echter europäischer Energienetze.

9. Europas Finanzsouveränität stärken:

Finanzsouveränität heißt, wirtschaftspolitisch handlungsfähig zu bleiben – auch in Krisen und ohne von externen Finanzsystemen abhängig zu sein. Es geht darum, strategische Verwundbarkeiten zu reduzieren und Europas eigene Stärke im globalen Finanzsystem auszubauen. Ein zentraler Baustein dafür ist ein **europäisches sicheres Anlageinstrument, das Deutschlands Verschuldungsspielräume nicht verschlechtert**. Heute übernehmen US-Staatsanleihen diese Rolle und verschaffen den USA erhebliche Vorteile. Europa braucht hier ein eigenes Angebot. **Gebündelte Staatsanleihen ohne gemeinsame Haftung** können ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einem europäischen Safe Asset bilden, die Stabilität erhöhen und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Europäischen Union stärken. Gleichzeitig müssen wir Abhängigkeiten gezielt abbauen. Dazu gehört, dass wir die **Internationalisierung des Euros vorantreiben**. Die starke Rolle des US-Dollars macht europäische Banken verwundbar – insbesondere durch die Abhängigkeit von Liquiditätshilfen der US-Notenbank. Deshalb müssen wir Anreize für eine übermäßige Finanzierung in US-Dollar abbauen und eigene **europäische Liquiditätsstrukturen** mit internationalen Partnern aufbauen. Auch unsere Kapitalmärkte müssen leistungsfähiger werden. Kapital muss schneller in neue Technologien und Geschäftsmodelle fließen können, statt in bestehenden Strukturen gebunden zu bleiben. Eine **echte europäische Savings-and-Investment-Union** ist dafür entscheidend – mit einheitlichen Regeln, starken Börsen und unabhängigen Clearingstrukturen. Schließlich stärken wir unsere Zahlungsinfrastruktur. Bargeld bleibt ein wichtiges Rückgrat für Krisensituationen. Gleichzeitig reduzieren wir Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern und entwickeln mit dem **digitalen Euro** eine eigene, souveräne Lösung. Nur so sichern wir langfristig Stabilität, Vertrauen und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit in Europa.